KMU WAHLCHECK

des Europaverbandes der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V. zur Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2026

SELBSTÄNDIGKEIT STÄRKEN, ZUKUNFT SICHERN!

Für eine Politik, die Soloselbständige und kleine Unternehmen fördert und voranbringt.

www.esd-ev.de

ESD C.E.D.I.

Europaverband der Selbständigen – Deutschland (ESD) e.V.
Confédération Européenne Des Indépendants – C.E.D.I.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe ESD-Mitglieder in Berlin,

am 20. September 2026 wird in Berlin ein neues Abgeordnetenhaus gewählt. Für Soloselbständige sowie Inhaber kleiner und mittlerer Unternehmen ist diese Wahl von großer Bedeutung. Denn viele Rahmenbedingungen, die den unternehmerischen Alltag in der Hauptstadt unmittelbar prägen, werden auf Landesebene gestaltet. Dazu gehören Wirtschaftsförderung und Verwaltung ebenso wie Vergabe, Bildung, Verkehr, Gewerbeflächen und die digitale Infrastruktur.

Berlin verfügt über eine vielfältige Wirtschaftsstruktur. Neben Handwerk, Handel, Gastronomie und klassischen Dienstleistungen prägen insbesondere Freie Berufe, Kreativwirtschaft, Digitalunternehmen und zahlreiche Soloselbständige den Standort. Gerade die Kreativ- und Digitalwirtschaft gehört zu den wichtigen Wachstumstreibern der Hauptstadt und ist in vielen Bereichen stark von kleinen Unternehmen und Soloselbständigen geprägt. Gleichzeitig stellen Bürokratie und langwierige Verwaltungsverfahren, Fachkräftemangel, steigende betriebliche Kosten sowie die Verfügbarkeit bezahlbarer Gewerbeflächen viele kleinere Unternehmen vor erhebliche Herausforderungen.

Mit dem ESD KMU Wahlcheck zur Abgeordnetenhauswahl 2026 möchten wir eine sachliche Orientierung bieten. Welche konkreten Maßnahmen planen die Parteien für Soloselbständige und kleine und mittlere Unternehmen? Wo sind Entlastungen zu erwarten und wo können neue Belastungen entstehen?

Die Auswertung der Wahlprogramme wurde durch Künstliche Intelligenz unterstützt. Der ESD arbeitet überparteilich und unabhängig und betrachtet die Programme konsequent aus der Perspektive von Soloselbständigen sowie Inhabern kleiner und mittlerer Unternehmen in Berlin.

Unser Ziel ist eine fundierte Entscheidungsgrundlage für eine Politik, die Selbständigkeit stärkt, unternehmerisches Handeln erleichtert und die wirtschaftliche Vielfalt und Wettbewerbsfähigkeit Berlins sichert.

Die Spitzenkandidaten im Überblick

CDU
Stefan Evers

Wirtschaftliche Ausrichtung:
Er setzt auf solide Finanzen, eine leistungsfähige Verwaltung, Bürokratieabbau und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen für Investitionen und Unternehmertum.
Stefan Evers wurde 1979 geboren, studierte Rechtswissenschaften und gehört seit 2011 dem Berliner Abgeordnetenhaus an. Von 2016 bis 2023 war er Generalsekretär der CDU Berlin, seit 2023 ist er Senator für Finanzen und Bürgermeister von Berlin. Im Juli 2026 übernahm er nach dem Rückzug Kai Wegners die Spitzenkandidatur der CDU für die Abgeordnetenhauswahl.

SPD
Steffen Krach

Wirtschaftliche Ausrichtung:
Er verbindet eine aktive Investitions- und Standortpolitik mit Schwerpunkten bei bezahlbarem Wohnen, Bildung, Infrastruktur und einer leistungsfähigeren Verwaltung.
Steffen Krach wurde 1979 in Hannover geboren und studierte Sozialwissenschaften sowie Politikwissenschaft. Von 2014 bis 2021 war er Staatssekretär für Wissenschaft beziehungsweise Wissenschaft und Forschung in Berlin. 2021 wurde er zum Präsidenten der Region Hannover gewählt. Seit 2025 ist er Spitzenkandidat der Berliner SPD und Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Werner Graf & Bettina Jarasch

Wirtschaftliche Ausrichtung:
Das Spitzenduo verbindet Klimaschutz und ökologische Transformation mit Innovations-, Gründungs- und Standortpolitik sowie Investitionen in eine moderne Infrastruktur.
Werner Graf wurde 1980 geboren, studierte Internationale Politikwissenschaft und war von 2016 bis 2021 Landesvorsitzender der Berliner Grünen. Seit 2021 gehört er dem Abgeordnetenhaus an.

Bettina Jarasch war von 2021 bis 2023 Bürgermeisterin und Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz. Beide führen die Grünen-Fraktion; Graf kandidiert für das Amt des Regierenden Bürgermeisters.

DIE LINKE
Elif Eralp

Wirtschaftliche Ausrichtung:
Sie setzt vor allem auf Mieterschutz, bezahlbares Wohnen, öffentliche Daseinsvorsorge und stärkere staatliche Regulierung sowie eine sozial ausgerichtete Wirtschafts- und Verteilungspolitik.
Elif Eralp wurde 1981 in München geboren und ist Volljuristin. Sie arbeitete mehrere Jahre als Referentin für Rechtspolitik der Linksfraktion im Deutschen Bundestag und gehört seit 2021 dem Berliner Abgeordnetenhaus an. Dort ist sie unter anderem migrations- und antidiskriminierungspolitische Sprecherin. Für die Wahl 2026 tritt sie als Spitzenkandidatin der Linken an.

AfD
Kristin Brinker

Wirtschaftliche Ausrichtung:
Sie steht für einen restriktiven finanzpolitischen Kurs, Bürokratieabbau, weniger staatliche Regulierung und eine stärkere Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben.
Kristin Brinker wurde 1972 geboren, absolvierte zunächst eine Ausbildung zur Bankkauffrau und studierte anschließend Architektur an der Technischen Universität Berlin, wo sie auch promovierte. Beruflich war sie unter anderem selbständig in der Hausverwaltung und

Baubetreuung tätig. Seit 2016 gehört sie dem Abgeordnetenhaus an und ist Landes- sowie Fraktionsvorsitzende der Berliner AfD.

FDP
Christoph Meyer

Wirtschaftliche Ausrichtung:
Er vertritt einen wirtschaftsliberalen Kurs mit weniger Bürokratie und Regulierung, einer digitaleren Verwaltung sowie besseren Bedingungen für private Investitionen und unternehmerische Eigenverantwortung.
Christoph Meyer wurde 1975 in Berlin geboren, ist Jurist und seit 1993 Mitglied der FDP. Von 2002 bis 2011 gehörte er dem Berliner Abgeordnetenhaus an und führte dort zeitweise die FDP-Fraktion. Von 2017 bis 2025 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2018 ist er erneut Landesvorsitzender der Berliner FDP und führt sie 2026 als Spitzenkandidat in die Wahl.

BSW
Alexander King & Michael Lüders

Wirtschaftliche Ausrichtung:
Das Spitzenduo setzt auf niedrigere Energiepreise, eine stärkere staatliche Steuerung zentraler Wirtschaftsbereiche sowie weniger Belastungen durch Regulierung, Klimapolitik und Sanktionen.

Alexander King wurde 1969 geboren und arbeitete viele Jahre als Referent der Linksfraktion im Deutschen Bundestag. Seit 2021 gehört er mit Unterbrechung dem Berliner Abgeordnetenhaus an und ist Landesvorsitzender des BSW.

Michael Lüders ist Publizist und Nahostexperte, studierte unter anderem Islamwissenschaft und Politikwissenschaft und ist stellvertretender Bundesvorsitzender des BSW. Gemeinsam bilden beide das Spitzenduo zur Wahl 2026.

Über den Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.

Der ESD e.V. ist die parteiunabhängige Interessenvertretung für Soloselbständige sowie Inhaber kleinster, kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) in Deutschland. Als branchenübergreifender Dachverband bündelt er zudem die Interessen von Gewerbe-, Branchen- und Wirtschaftsverbänden, Innungen und weiteren Selbständigen-Organisationen.

Über 98 Prozent aller in Deutschland registrierten Unternehmen zählen zu den kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dazu gehören Kleinstbetriebe, inhabergeführte Unternehmen und Soloselbständige. Sie sichern nicht nur Arbeits- und Ausbildungsplätze, sondern tragen wesentlich zur regionalen Wertschöpfung, Innovationskraft und wirtschaftlichen Stabilität bei. Gerade in Berlin prägen Soloselbständige, kleine Betriebe, Handwerk, freie Berufe sowie Unternehmen aus dem Dienstleistungs- und Kreativbereich die vielfältige Wirtschaftsstruktur der Stadt.

Der ESD engagiert sich bundesweit und bringt die Interessen von Soloselbständigen sowie kleinsten und kleinen Unternehmen auch auf Landesebene aktiv in politische Entscheidungsprozesse ein. Mit seiner Bundesgeschäftsstelle in Berlin ist der Verband zudem unmittelbar am politischen Entscheidungszentrum präsent. Er beteiligt sich an Gesetzgebungsverfahren und Konsultationen und sucht den konstruktiven Dialog mit politischen Entscheidungsträgern. So stellt der ESD sicher, dass die Perspektive kleiner Unternehmen auch gegenüber Berliner Politik und Verwaltung frühzeitig und sachorientiert berücksichtigt wird.

Ziel des ESD ist eine selbständigenfreundliche, praxistaugliche und verlässliche Politik – auf Bundes- wie auf Landesebene.

überparteilich – unabhängig – kompetent

www.esd-ev.de
www.facebook.com/esd.ev
www.x.com/ESD_eV
www.linkedin.com/company/esd-ev

Forderungen des ESD für Berlin

1. Öffentliche Aufträge für kleine Betriebe offenhalten

Seit Juli 2026 gilt die Berliner Tariftreuepflicht bei bestimmten Dienstleistungen bereits ab 1.000 Euro Auftragswert. Das erhöht gerade bei kleinen Aufträgen den Nachweisaufwand und kann nicht tarifgebundene Kleinst- und Kleinunternehmen von Vergaben fernhalten. Der ESD bekennt sich zu fairer Entlohnung. Die Absenkung der Nachweispflichten auf eine Grenze von 1.000 Euro erzeugt jedoch bürokratische Hürden, die in keinem Verhältnis zum Auftragsvolumen stehen. Dies führt nicht zu besseren Arbeitsbedingungen, sondern dazu, dass kleine Betriebe aus Kapazitätsgründen gar nicht erst an Vergaben teilnehmen können. Der ESD fordert daher, die besondere 1.000-Euro-Schwelle deutlich anzuheben und Vergabeverfahren so auszugestalten, dass auch kleine, nicht tarifgebundene Betriebe realistisch teilnehmen können.

2. Verbindliche Fristen für unternehmensbezogene Verwaltungsverfahren

Berlin baut digitale Wirtschaftsservices und das Once-Only-Prinzip aus. Trotzdem bleiben Zuständigkeiten und Bearbeitungszeiten je nach Verfahren und Bezirk unterschiedlich. Für kleine Betriebe sind lange oder schwer kalkulierbare Verfahren besonders belastend. Der ESD fordert berlinweit verbindliche Bearbeitungsfristen für zentrale Unternehmensverfahren, einen digitalen Statusabruf und die konsequente Nutzung bereits vorhandener Registerdaten.

3. Bezahlbare Gewerbeflächen für Handwerk und kleine Betriebe sichern

Berlin hat mit dem StEP Wirtschaft 2040 und geplanten landeseigenen Gewerbehöfen Instrumente zur Flächensicherung geschaffen. Zugleich verdrängen steigende Mieten und Nutzungskonkurrenz gerade Handwerk und kleine Produktionsbetriebe aus innerstädtischen Lagen. Der ESD fordert, landeseigene kleinteilige Gewerbeflächen schneller bereitzustellen, langfristig zu vermieten und bei der Vergabe gezielt auf kleine und inhabergeführte Betriebe auszurichten.

4. Kleine Investitionen und Digitalisierung wieder mit Zuschüssen fördern

Die Digitalprämie Berlin kann nicht mehr beantragt werden; auch der InvestitionsBONUS wurde beendet. Zwar bestehen weiterhin Darlehensprogramme der IBB, für viele Soloselbständige und Kleinstunternehmen sind Kredite jedoch kein Ersatz für einen niedrigschwelligen Zuschuss zu überschaubaren Investitionen. Der ESD fordert ein dauerhaftes Zuschussprogramm für Digitalisierung, IT-Sicherheit und betriebliche Investitionen mit niedriger Mindestinvestition und einfachem Antragsverfahren.

5. Wirtschaftsverkehr praktisch ermöglichen

Handwerks- und Servicebetriebe sind in Berlin auf Fahrzeuge am Einsatzort angewiesen. Einen berlinweiten Handwerkerparkausweis gibt es bereits, doch Anträge werden weiterhin bezirklich bearbeitet und können sich deutlich verzögern. Der ESD fordert eine zentralisierte digitale Bearbeitung mit verbindlicher Frist sowie ausreichend Lade- und Lieferzonen in Geschäftsstraßen, damit betriebliche Fahrten planbar bleiben.

Die Parteien auf dem Prüfstand

Wer ist am ehesten auf der Seite der kleinen und mittelständischen Unternehmen?

Was planen die Parteien für die KMU?

Die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2026 steht vor der Tür – und mit ihr die Frage, welche wirtschaftspolitischen Weichen in den kommenden fünf Jahren gestellt werden. Für Soloselbständige sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind die Entscheidungen auf Landesebene von zentraler Bedeutung. Ob Förderprogramme, Bildungs- und Fachkräftepolitik, Energieversorgung, Infrastruktur oder Bürokratieabbau – viele der Rahmenbedingungen, die den unternehmerischen Alltag prägen, werden maßgeblich durch die Berliner Landespolitik gestaltet.

Gerade in einer vielfältigen Wirtschaftsmetropole wie Berlin kommt dem Mittelstand eine besondere Rolle zu. Handwerksbetriebe, Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungsunternehmen, produzierendes Gewerbe, Start-ups sowie die Kreativwirtschaft und freie Berufe prägen den Wirtschaftsstandort. Sie sichern Arbeitsplätze, treiben Innovationen voran und sorgen für regionale Wertschöpfung.

Zugleich stehen sie vor großen Herausforderungen: hohe Gewerbemieten, steigende Energie- und Personalkosten, Fachkräftemangel, aufwendige Verwaltungsverfahren sowie die Anforderungen der digitalen und ökologischen Transformation.

In dieser Auswertung haben wir die Wahlprogramme der relevanten Parteien daraufhin analysiert, welche konkreten Maßnahmen sie für Selbständige und KMU vorsehen. Unser Fokus liegt dabei auf zentralen Themen wie Entlastungen im Handlungsspielraum des Landes, Förderinstrumenten, Vergaberecht, digitaler Verwaltung, Gewerbeflächen, sozialer Absicherung, Bildungspolitik und Bürokratieabbau.

Diese Übersicht soll Unternehmerinnen und Unternehmern eine sachliche Orientierung bieten und Transparenz schaffen: Welche Partei setzt welche Schwerpunkte? Wo liegen Chancen, wo mögliche Risiken für den Berliner Mittelstand?

Denn eine starke Wirtschaft in Berlin braucht klare, verlässliche und mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen.

CDU

Programm:
Unser Berlin. Mehr geht nur gemeinsam. – Berlin-Plan der CDU Berlin
Umfang: 135 PDF-Seiten

Für Selbständige relevante Punkte

Mittelstand, Gründung und Finanzierung
» Mittelstands- und Vergabegesetz: Ein modernes Berliner Mittelstands- und Vergabegesetz soll eingeführt und die Vergabe an kleine und mittelständische Unternehmen, Handwerksbetriebe sowie Unternehmen mit neuen Ideen „made in Berlin" forciert werden. [Land] (PDF-S. 35–37)
» Gründerfonds und Start-up-Förderung: Eine „Berlin Start Up Agency" soll einen gemeinsam mit privaten Partnern auf zwei Milliarden Euro angelegten Gründerfonds verwalten und niedrigschwellig Kapital bereitstellen; zusätzlich sollen Start-ups über eine Innovationsagentur direkt bezuschusst und lizenzierte Inkubatoren mit Förder- und Wagniskapitalinstrumenten eingesetzt werden. [Land] (PDF-S. 35, 37)
» Bürgschaften für KMU: Für kleine und mittlere Unternehmen mit Corona-bedingten KfW-Darlehen soll ein Bürgschaftsprogramm für den frei zu finanzierenden Darlehensteil aufgelegt werden. [Land] (PDF-S. 37)

Steuern, Krisenhilfen und Branchenförderung
» Gewerbesteuer und Krisenförderung: Eine vorübergehende Senkung des Gewerbesteuersatzes soll geprüft werden; Landesförderprogramme sollen einem „Krisen-Check" unterzogen werden, um besonders von den Pandemiefolgen betroffene Unternehmen zu berücksichtigen und Selbständige vor Überschuldung zu bewahren. [Land] (PDF-S. 35–36)
» Gastronomie und Beherbergung: Auf Bundesebene soll ein Umsatzsteuersatz von sieben Prozent für alle gastronomischen Umsätze und Übernachtungsdienstleistungen eingeführt werden. [Bund] (PDF-S. 36)
» Sondernutzungen und Kongresse: Hotels, Gastronomie, Schausteller und Kulturwirtschaft sollen bis 2024 von Sondernutzungsgebühren für öffentliches Straßenland befreit werden; Anträge sollen nach sieben Tagen ohne Widerspruch als genehmigt gelten. Ein HOGA-Campus und ein Kongressfonds sollen Aus- und Weiterbildung sowie Fachkongresse fördern. [Land] (PDF-S. 36)

Bürokratie, Verwaltung und Genehmigungen
» Fristen und Genehmigungsfiktion: Für Verwaltungsebenen sollen verbindliche Zeit- und Fristenvorgaben eingeführt werden; bei Fristüberschreitungen durch die Senatsverwaltung soll ein Vorhaben, soweit rechtlich möglich, als genehmigt gelten. [Land] (PDF-S. 77)
» Normenabbau: Eine extern besetzte Normprüfungskommission soll die Normenflut begrenzen; für neue Gesetze soll „one in – one out" gelten und Praktiker, Verbände und Think-Tanks sollen bereits vor der Ausarbeitung eingebunden werden. [Land] (PDF-S. 78)
» Digitale Verwaltung: Verwaltungsdienstleistungen sollen, soweit rechtlich möglich, vollständig elektronisch und rund um die Uhr verfügbar sein; bereits übermittelte Daten sollen nicht erneut erhoben und Vorschriften grundsätzlich auf ein Mindestmaß reduziert werden. [Land] (PDF-S. 76, 80)

Bauen, Gewerbeflächen und Vergabe
» Gewerbeflächen: Bei größeren Bauvorhaben wird ein angemessener Flächenanteil für kleine und mittlere Unternehmen angestrebt; zusätzlich soll eine Clearingstelle für Gewerbeansiedlungen eingerichtet werden. [Land] (PDF-S. 37)
» Bauverfahren: Planungs- und Genehmigungsprozesse sollen digitalisiert, Vorschriften und Landesbauordnung entschlackt sowie eine Taskforce „Entbürokratisierung" zur Überprüfung von Genehmigungs- und Beteiligungsverfahren eingesetzt werden. [Land] (PDF-S. 66–68)
» Vergaberecht: Das Berliner Vergaberecht

soll nach den Vorbildern Sachsens und Nordrhein-Westfalens verschlankt werden, einschließlich eines Überprüfungsverfahrens im Unterschwellenbereich und unter Einbeziehung von Praktikern. [Land] (PDF-S. 67)

Arbeit, Fachkräfte und Ausbildung

» Berufliche Bildung und Handwerk: Berufsorientierung soll früher in allen Schulformen stattfinden; Handwerks- und Industrieverbände sollen einbezogen, Praxisangebote ausgebaut und ein Berufsabitur mit Gesellenabschluss und allgemeiner Hochschulzugangsberechtigung eingeführt werden. [Land] (PDF-S. 11)

» Duales Studium und Meisterqualifikation: Eine Koordinierungsstelle soll Unternehmen beraten und zusätzliche duale Studienplätze fördern; angehende Meister, Techniker, Fachwirte und Berufspädagogen sollen von Lehrgangs- und Prüfungsgebühren befreit werden. [Land] (PDF-S. 20)

» Weiterbildung und Fachkräfte: Steuerfreie Weiterbildungsrückstellungen von Unternehmen mit einem Orientierungswert von 1.000 Euro je Mitarbeiter und Jahr werden vorgeschlagen; Einwanderungsverfahren für hochqualifizierte Fachkräfte sollen schneller und unbürokratischer werden. [Bund/nicht eindeutig] (PDF-S. 39, 42)

Digitalisierung, Innovation und Energie

» Digitale Infrastruktur: Das Glasfasernetz soll bis 2028 für den gewerblichen und privaten Bereich lückenlos ausgebaut und Kupferleitungen auch innerhalb von Gebäuden ersetzt werden. [Land] (PDF-S. 40)

» Digitalisierung von KMU: Die Digitalisierung soll in allen Branchen vorangetrieben werden, mit besonderem Schwerpunkt auf Einzelhandel, Gastronomie und Tourismus; KI, 3D-Druck und Deep-Tech sollen Schwerpunkte der Wirtschaftsförderung werden. [Land] (PDF-S. 40–41)

» Betriebliche Energieerzeugung: Auf Bundesebene sollen die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Firmen, die Strom, Wärme oder Kälte selbst erzeugen und nutzen wollen, verbessert und bürokratisch entschlackt werden. [Bund] (PDF-S. 82)

Handel, Verkehr und Logistik

» Einzelhandel: Eine gemeinsame Taskforce der Wirtschafts- und Stadtentwicklungsverwaltung soll Maßnahmen zur Revitalisierung der Berliner Hauptzentren entwickeln; das Land will dafür in fünf Jahren mindestens 100 Millionen Euro für Umbau und Marketing bereitstellen. [Land] (PDF-S. 38)

» Lieferverkehr: Bezirke sollen Lieferverkehrskonzepte und Güterverteilzentren erhalten; auf Hauptstraßen sollen mehr Ladezonen geschaffen und innerhalb des S-Bahn-Rings mindestens sechs Logistik-Hubs für die letzte Meile eingerichtet werden. [Land/Kommunen] (PDF-S. 32)

» Taxi und Fahrvermittlung: Ein „Zukunftsprogramm Taxi“ soll unter anderem die

Umstellung der Taxiflotte und die Konzessionsvergabe betreffen; neue Fahrvermittlungsdienste sollen bei gleichen Qualitätsanforderungen wie im Taxigewerbe zugelassen werden. [Land] (PDF-S. 31–32)

Kultur- und Kreativwirtschaft

» Musik- und Clubwirtschaft: Ein „Masterplan Musik" soll wirtschaftlich orientierte Gemeinschaftsprojekte und Branchennetzwerke fördern; zusätzlich ist ein Programm zur Unterstützung und Neueinrichtung von Clubs und Kulturorten vorgesehen. [Land] (PDF-S. 41)

Nicht konkret behandelt

Keine konkreten Aussagen enthält das Programm zur Statusfeststellung und Scheinselbständigkeit, zur sozialen Sicherung von Selbständigen, zu spezifischen Steuer- oder Beitragsregelungen für Soloselbständige sowie zur Unternehmensnachfolge.

Sachliche Zusammenfassung

Ausdrücklich angesprochen werden Selbständige, Mittelstand, KMU, Handwerk, Gründer und Start-ups sowie mehrere mittelständisch geprägte Branchen. Konkrete Vorhaben betreffen vor allem Förderung und Finanzierung, Vergabe, Bürokratie und Genehmigungen, Gründung, Fachkräfte, Digitalisierung, Gewerbeflächen, Logistik und einzelne Branchen. Die Maßnahmen liegen überwiegend auf Landesebene; einzelne Forderungen richten sich an den Bund.

SPD BERLIN

Programm:
Wahlprogramm Abgeordnetenhauswahl 2026
Umfang: 66 PDF-Seiten

Für Selbständige relevante Punkte

Selbständigkeit, Mittelstand und Gründung

» Soloselbstständige und Gründungen: Für Soloselbstständige sollen bezahlbarere öffentliche Co-Working-Spaces in den Bezirken ausgebaut und Gründungsberatungen mehrsprachiger und digitaler werden. Förder- und Unterstützungsstrukturen sollen stärker auf Gründungen von Frauen und in Zukunftsbranchen ausgerichtet und Frauen der Zugang zu Fördermitteln und Risikokapital erleichtert werden. [Land] (PDF-S. 11)

» Start-ups und Ausgründungen: Die Startup Agenda soll mit stärkerem Fokus auf Vorgründungs- und Wachstumsphase sowie Kooperationen fortgeschrieben werden; Hochschulausgründungen sollen durch einen einheitlichen IP-Rahmen, Transfer-Offices sowie Gründungs- und Transferfreisemester unterstützt werden. [Land] (PDF-S. 11, 44)

» Unternehmensnachfolge: Die Berliner Nachfolgezentrale soll gesichert, mit Gründungswilligen verknüpft und der Zugang zu Innovations- und Investitionsförderung vereinfacht werden. [Land] (PDF-S. 14)

Vergabe, Förderung und Wirtschaftsverwaltung

» Öffentliche Aufträge für KMU: Vergaben öffentlicher Aufträge sollen insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen entbürokratisiert und vereinfacht werden. [Land] (PDF-S. 12)

» Tariftreue und Förderung: Die Durchsetzung von Tariftreue und Vergabemindestlohn soll verschärft, Landesförderungen an Tarifbindung und Mitbestimmung gekoppelt und bei Vergaben und Förderungen regionale Wertschöpfung über Local-Content-Regeln bevorzugt werden. [Land] (PDF-S. 9)

» Wirtschaftsförderung: Bezirkliche Wirtschaftsförderungen sollen personell und finanziell besser ausgestattet, Netzwerkförderungen vereinfacht und Berlin Partner als zentrale Ansprechstelle für Bestandsunternehmen und Ansiedlungen gestärkt werden. [Land/Kommunen] (PDF-S. 12–13)

Arbeit, Fachkräfte und Ausbildung

» Ausbildungsplatzumlage: Die Ausbildungsplatzumlage soll umgesetzt werden; Betriebe, die nicht ausbilden, sollen damit Ausbildungskosten ausbildender Betriebe

mitfinanzieren. Zusätzlich soll ein Azubi-Werk mit Beteiligung der Arbeitgeber geschaffen werden. [Land] (PDF-S. 9)

» Fachkräfte und Weiterbildung: Das Land will Unternehmen über seine Fachkräftestrategie bei der Aktivierung zusätzlicher Arbeitskräfte unterstützen, Weiterbildungs- und Ausbildungsverbünde ausbauen und branchenübergreifend KI-Kompetenzen von Beschäftigten fördern. [Land] (PDF-S. 8)

» Internationale Fachkräfte: Der Business Immigration Service soll ausgebaut und bürokratische Hürden bei der Anwerbung internationaler Fach- und Arbeitskräfte verringert werden; die Anerkennung ausländischer Abschlüsse soll vereinfacht und beschleunigt werden. [Land] (PDF-S. 13, 52)

Digitalisierung, Innovation und Energie

» Digitalisierung und Cybersicherheit: Die Digitalagentur soll kostenlose Beratung insbesondere zu Cybersicherheit und Resilienz ausbauen; in den bezirklichen Wirtschaftsförderungen sollen dauerhaft Digitalisierungslotsinnen und -lotsen eingerichtet und mit dem DIWI weitere Verwaltungsleistungen für Unternehmen digital angeboten werden. [Land/Kommunen] (PDF-S. 11)

» Technologietransfer: Die Reallaborstrategie soll fortgeschrieben und finanziell unterlegt werden; Zukunftsbranchen wie KI, DeepTech, Gesundheitswirtschaft, Umwelttechnik, Games, Finanzdienstleistungen sowie Luft- und Raumfahrt sollen besonders unterstützt werden. [Land] (PDF-S. 10)

» Photovoltaik auf Unternehmensdächern: Unternehmen sollen beim Bau großer Photovoltaikanlagen durch bedarfsabhängige finanzielle Förderung und Beratung unterstützt werden. [Land] (PDF-S. 59–60)

Gewerbeflächen, Gewerbemieten und Verkehr

» Gewerbehöfe und Gewerbemieten: Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen drei weitere kommunale Gewerbehöfe entstehen. Auf Bundesebene soll ein soziales Gewerbemietrecht ermöglicht werden, um bezahlbare Gewerbemieten durchsetzen zu können. [Land/Bund] (PDF-S. 13, 22)

» Wirtschaftsverkehr: Gewerbekurzzeitparkplätze und Ladezonen sollen deutlich ausgebaut werden; vorgesehen sind außerdem dezentrale Logistik-Hubs, ein Lkw-Vorrangnetz, zusätzliche Umschlagplätze sowie eine stärkere Verlagerung von Gütern auf Schiene und Wasserwege. [Land] (PDF-S. 26–27)

» Taxigewerbe: Zum Schutz vor unlauterem Wettbewerb soll ein Mindestbeförderungsentgelt für appvermittelte Mietwagen eingeführt werden; alle Berliner Taxen sollen am BER Fahrgäste aufnehmen dürfen. [Land] (PDF-S. 25)

Handel, Gastronomie, Tourismus und Kreativwirtschaft

» Einzelhandel und Gastronomie: Für baustellenbedingte Umsatzeinbußen soll die Überbrückungshilfe finanziell gesichert werden. Standortgemeinschaften sollen in allen Bezirken ermöglicht und das neue Landesgaststättengesetz zur Entlastung von Unternehmen und Verwaltung umgesetzt werden. [Land/Kommunen] (PDF-S. 13)

» Kreativ- und Clubwirtschaft: Für Clubs soll erstmals eine Spielstättenförderung eingeführt, die Gamesförderung fortgeführt und um eine E-Sports-Förderung ergänzt werden; zudem sind ein House of Fashion und eine jährliche Design-Konferenz vorgesehen. [Land] (PDF-S. 11)

» Tourismus und Gastgewerbe: Der HOGA-Campus soll als Bildungsstandort unterstützt, der Kongressfonds weiterentwickelt und die CityTax verstärkt für stadtverträglichen und nachhaltigen Tourismus eingesetzt werden. [Land] (PDF-S. 14–15)

Weitere betriebliche Regelungen

» Verpackungssteuer: Zur Verringerung von Müll aus Essensverpackungen soll eine Verpackungssteuer eingeführt werden. [Land] (PDF-S. 23)

» Arbeitszeiterfassung: Die Arbeitsschutzaufsicht soll gestärkt werden und Unter-

nehmen, die geltende Regeln nicht einhalten, zur Aufzeichnung der Arbeitszeit verpflichten können. [Land] (PDF-S. 10)
» Gewerbesteuer in der Hauptstadtregion: Mit Brandenburg soll ein verbindlicher Steuer- und Standortdialog einschließlich eines gemeinsamen Vorgehens beim Gewerbesteuerhebesatz, bei Tariftreue und Local-Content-Regeln geführt werden. [Land/Länder] (PDF-S. 9)

Nicht konkret behandelt
Keine konkreten Aussagen enthält das Programm zur sozialen Sicherung von Selbständigen, zur Statusfeststellung und Scheinselbständigkeit, zu spezifischen Steuer- oder Beitragsregelungen für Soloselbständige sowie zur Krisenabsicherung bei Einkommensausfällen.

Sachliche Zusammenfassung
Das Programm spricht Soloselbstständige, Mittelstand, KMU, Handwerk, Gründerinnen und Gründer sowie Familienunternehmen ausdrücklich an. Konkrete Vorhaben betreffen vor allem Gründung und Nachfolge, Vergabe, Tarifbindung, Ausbildung, Fachkräfte, Digitalisierung, Gewerbeflächen, Energie sowie einzelne Branchen. Die Maßnahmen liegen überwiegend auf Landesebene; mehrere Forderungen richten sich an den Bund.

Programm:
POLITIK ÄNDERN. BERLIN BLEIBEN. Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl 2026
Umfang: 256 PDF-Seiten

Für Selbständige relevante Punkte

Selbständigkeit, Gründung und Innovation
» Selbständigkeit und Scheinselbständigkeit: Selbständigkeit und Unternehmertum sollen gefördert sowie KMU und Solo-Selbständige entlastet werden; bei der Bekämpfung von Sozialbetrug und Ausbeutung durch Scheinselbständigkeit wird eine gründer*innenfreundliche und verlässliche Regelung angestrebt. [Land] (PDF-S. 95–96)
» Gründung und Innovation: Ein Innovationsfreiheitsgesetz soll Reallabore, Experimentierklauseln und beschleunigte Verfahren ermöglichen; die Kreativwirtschaft soll stärker in Gründungsförderprogramme einbezogen werden. [Land] (PDF-S. 96, 98–99)
» Handwerk und Nachfolge: Die Meister*innenausbildung soll gebührenfrei und flexibler werden; Aufstieg, spätere Selbständigkeit und Neugründungen sollen gefördert und Unternehmensnachfolgen unterstützt werden. [Land] (PDF-S. 102)

Bürokratie, Verwaltung und Genehmigungen
» Bürokratieabbau: Investitions-, Genehmigungs- und Verwaltungsprozesse sollen vereinfacht und beschleunigt sowie ein Entlastungs- und Beschleunigungsgremium und Praxis-Checks mit Unternehmen und Verwaltung eingeführt werden. [Land] (PDF-S. 94)
» Once-Only und Berichtspflichten: Informationen sollen dem Staat grundsätzlich nur einmal mitgeteilt werden müssen; Dokumentations- und Berichtspflichten sollen überprüft, reduziert und digitalisiert werden. [Land] (PDF-S. 94–95)

Vergabe und öffentliche Aufträge
» Vergabereform: Vereinfachte Verfahren, flexiblere Wertgrenzen, Innovationsklausel, vereinfachte Eignungsprüfungen und stärkere Losaufteilung sollen KMU und Start-ups den Zugang zu Ausschreibungen erleichtern; Tariftreue und Mindestlohn bleiben bestehen. [Land] (PDF-S. 96–97)

Arbeit, Fachkräfte und Ausbildung
» Fachkräfte: Eine Berliner Fachkräftestrategie, vereinfachte Anerkennungsverfahren, ein One-Stop-Shop und eine ausgeweitete Kostenübernahme für Anerkennungsverfahren sind vorgesehen. [Land] (PDF-S. 105–106)
» Ausbildungsplatzumlage: Eine solidarische Ausbildungsplatzumlage soll eingeführt;

Teilzeitausbildung, assistierte Ausbildung und individualisierte Förderangebote sollen ausgebaut werden. [Land] (PDF-S. 107)

» Freie Lehrkräfte: An Volkshochschulen sollen Festanstellungen ausgebaut und das Land bei „freien Freien“ an Sozialversicherungsbeiträgen beteiligt werden; für Solo-Selbständige sind branchenspezifische Musterverträge vorgesehen. [Land] (PDF-S. 109)

Gewerberäume, Handel und Wirtschaftsverkehr

» Gewerbemieten und Flächen: Bezahlbare landeseigene Gewerbeflächen sollen geschaffen, Milieuschutz auf Gewerbemieter*innen ausgeweitet und das kooperative Baulandmodell um bezahlbare Gewerbeflächen ergänzt werden; auf Bundesebene werden Gewerbemietpreisbremse, Gewerbemietspiegel und Kündigungsschutz angestrebt. [Land/Bund] (PDF-S. 54, 101)

» Wirtschaftsverkehr: Mehr Liefer- und Ladezonen sowie digitale Reservierungs- und Steuerungsverfahren sollen eingeführt; Handwerks-Parkberechtigungen sollen auf weitere Berufsgruppen wie Pflegedienste und Hebammen ausgeweitet werden. [Land] (PDF-S. 90, 101)

Energie und betriebliche Transformation

» Energieeffizienz: Ein Kooperationsnetz mit Unternehmen soll betriebliche Energieeinsparungen unter anderem durch Energieaudits ermitteln und umsetzen; Betriebe sollen bei erneuerbaren Energien, Kreislaufwirtschaft und Energieeffizienz unterstützt werden. [Land] (PDF-S. 19, 102–103)

» Infrastruktur: Das Gasnetz soll dort teilweise auf grünen Wasserstoff umgebaut werden, wo Industrie- und Gewerbestandorte anders nicht klimaneutral werden können; bei Ansiedlungsförderung soll die Wasserwirkung berücksichtigt werden. [Land] (PDF-S. 16, 26)

Steuern und Abgaben

» Gewerbliche Grundsteuer: Eine Härtefallregelung soll unter anderem Kleingewerbe und Clubs vor unverhältnismäßigen Grundsteuersteigerungen schützen. [Land] (PDF-S. 47)

» Verpackungssteuer: Berlin soll eine Steuer auf Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck einführen. [Land] (PDF-S. 28, 123)

Tourismus, Kultur und Kreativwirtschaft

» Tourismus: Ein Hotelentwicklungsplan soll neue Standorte steuern; der Fonds „Ökologischer Tourismus“ soll Hotels, Gastronomie und weitere Anbieter bei Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit fördern. [Land] (PDF-S. 66–67)

» Clubs: Für Clubs mit kuratierten Programmen soll eine eigene Förderkulisse entstehen; für akut bedrohte Cluborte ist

ein Notfallfonds vorgesehen, Genehmigungsverfahren sollen vereinfacht und Zwischennutzungen unterstützt werden. [Land] (PDF-S. 69–70)
» Kreativwirtschaft: Bezahlbare Arbeits-, Proben-, Produktions- und Präsentationsräume sollen besonders für die Freie Szene und solo-selbständige Künstler*innen ausgebaut werden. [Land] (PDF-S. 100)

Nicht konkret behandelt
Keine konkrete allgemeine Krisenabsicherung von Selbständigen bei Einkommensausfällen enthält das Programm.

Sachliche Zusammenfassung
Ausdrücklich angesprochen werden Selbständige, Solo-Selbständige, Freiberuflerinnen, KMU, Gründerinnen, Start-ups und Handwerk. Konkrete Vorhaben betreffen vor allem Bürokratie, Vergabe, Gründung, Fachkräfte, Gewerberäume, Energie sowie Tourismus und Kreativwirtschaft. Sie liegen überwiegend auf Landesebene; eine allgemeine Krisenabsicherung wird nicht konkret behandelt.

Die Linke

Programm:
Berlin bezahlbar machen
Umfang: 336 PDF-Seiten

Für Selbständige relevante Punkte

Soloselbstständigkeit und soziale Sicherung
» Honorare und Vergabe: Branchenspezifische Mindesthonorare und Musterverträge sollen entwickelt werden; bei öffentlich finanzierten Aufträgen sollen auskömmliche Honorare gelten und Vergaben für Soloselbstständige leichter zugänglich werden. [Land] (PDF-S. 107–108)
» Räume und Mutterschaft: Bezirke sollen geförderte Coworking-Räume sowie Vernetzungs- und Weiterbildungsangebote schaffen; bedürftige Selbstständige sollen über ein Landeshärtefallprogramm vor und nach der Entbindung Mutterschaftsgeld erhalten. [Land] (PDF-S. 108)
» Absicherung und Plattformarbeit: Gefordert werden eine obligatorische Arbeitslosen- und Altersvorsorge für Soloselbstständige; die EU-Plattformarbeitsrichtlinie soll mit Direktanstellungsgebot für Lieferdienste und Generalunternehmerhaftung umgesetzt und Plattformarbeit stärker kontrolliert werden. [Bund/Land] (PDF-S. 108, 235)

Förderung, Gründung und Digitalisierung
» Förderung und Gründung: Der Coaching-Bonus für Gründer*innen soll wieder eingeführt und der Kreditzugang für Gründungen gefördert werden. [Land] (PDF-S. 86)
» Digitalförderung: Die Digitalförderung für Unternehmen soll wieder aufgenommen werden; sie richtet sich ausdrücklich auch an Soloselbstständige und kleine Unternehmen. [Land] (PDF-S. 94–95)
» Innovation: KI-Anwendungen, Hochschulausgründungen, Open-Source-Projekte und Plattformgenossenschaften sollen gefördert werden; Förderung soll stärker an Tarifbindung, ökologische Zukunftsfähigkeit und Beschäftigungssicherung geknüpft werden. [Land] (PDF-S. 86, 94)

Vergabe und öffentliche Aufträge
» Verfahren: Öffentliche Vergaben sollen digitalisiert und entbürokratisiert werden; Positivlisten, Zertifizierungen und Kammerangebote sollen kleineren Unternehmen den Zugang erleichtern. [Land] (PDF-S. 87–88)
» Tariftreue: Die Tariftreueklausel soll erhalten, Präqualifizierung für tarifgebundene Unternehmen genutzt und Unterauftragsketten begrenzt werden; vorgesehen sind Lohn- und Preisanpassungsklauseln sowie im Baubereich manipulationssichere elektronische Arbeitszeiterfassung. [Land] (PDF-S. 101–102)

Steuern, Ausbildung und Arbeitsregeln
» Gewerbesteuer: Eine Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes auf 470 Basispunkte soll geprüft werden; die Belastung kleine-

rer und mittlerer Unternehmen soll dabei vertretbar bleiben. [Land] (PDF-S. 79)

» Ausbildung: Ausbildungsbetrieben sollen über die Ausbildungsplatzumlage die vollen Kosten für alle Auszubildenden erstattet werden; Verbundausbildung soll besonders für kleine und mittlere Betriebe ausgebaut werden. [Land] (PDF-S. 88, 106)

» Arbeitsregeln: Landes- und Vergabemindestlohn sollen an die Eingangsstufe des TV-L gekoppelt werden; private Arbeitgeber sollen stichprobenartig zur elektronischen Übermittlung dokumentierter Arbeitszeiten verpflichtet werden können. [Land] (PDF-S. 104, 109)

Gewerbeflächen, Handwerk und Handel

» Gewerbeflächen: Mehr landeseigene und genossenschaftliche Gewerbehöfe sollen entstehen; WISTA und der Bodenfonds sollen zusätzliche Mittel erhalten, bedrohtem Gewerbe Flächen zu tragbaren Erbbaurechtskonditionen angeboten werden. [Land] (PDF-S. 89)

» Gewerbemieten: Über den Bundesrat sollen eine dauerhafte Begrenzung der Gewerbemieten und ein mehrjähriges Mietenmoratorium vorgeschlagen werden; für Gewerbeimmobilien wird ein Leerstandsverbot gefordert. [Bund] (PDF-S. 89)

» Handwerk und Handel: Handwerksbetriebe und Pflegedienste sollen Lieferzonen und besondere Parkmöglichkeiten nutzen können; Unternehmensnachfolge und Ausbildungsverbünde im Handwerk sowie Digitalisierung, Onlinehandel und Logistik kleiner Händler sollen unterstützt werden. [Land/Bund] (PDF-S. 90–91)

Fachkräfte und Qualifizierung

» Weiterbildung: Wirtschafts- und Transformationsförderung soll Unternehmen zu Qualifizierungsvereinbarungen anhalten; Weiterbildungsverbünde und Personalreserven sollen gefördert werden. [Land] (PDF-S. 107)

Kultur, Gesundheit, Gastronomie und Tourismus

» Freie Kultur: Für öffentlich geförderte Kultur sollen Mindesthonorare, verbindliche Honorarrichtlinien und Mindeststandards weiterentwickelt werden; für die Freie Szene sind mehrjährige Förderung, Projektstipendien, Konzeptförderung und Ausstellungshonorare vorgesehen. [Land] (PDF-S. 234, 236)

» Praxen: Landeseigene Praxisräume sollen ertüchtigt, Gewerbeflächen umgenutzt, Praxisraumbörsen unterstützt und ein Gewerbemietendeckel für Einrichtungen der Primärversorgung geprüft werden. [Land] (PDF-S. 132)

» Gastronomie und Tourismus: Kleine und mittlere Gastronomiebetriebe sollen ein Mehrwegförderprogramm erhalten; vor-

gesehen sind zudem ein stadtweites Tourismuskonzept sowie ein mit den Bezirken abgestimmter Hotelentwicklungsplan. [Land/Kommunen] (PDF-S. 96, 206)

Nicht konkret behandelt

Keine konkreten Aussagen enthält das Programm zu spezifischen Steuer- oder Beitragsregelungen für Soloselbstständige sowie zu einer allgemeinen Krisenabsicherung bei Einkommensausfällen.

Sachliche Zusammenfassung

Ausdrücklich angesprochen werden Soloselbstständige, KMU, Gründerinnen, Handwerk, Unternehmensnachfolge und freie Kulturakteurinnen. Die Vorhaben betreffen vor allem Förderung, Vergabe, Gewerbeflächen, Ausbildung, Digitalisierung und soziale Absicherung, überwiegend auf Landesebene. Spezielle Steuer- oder Beitragsregeln für Soloselbstständige und eine allgemeine Krisenabsicherung fehlen.

AfD BERLIN

Programm:
PROGRAMM DER AfD BERLIN für die Wahlen am 20. September 2026
Umfang: 99 PDF-Seiten

Für Selbständige relevante Punkte

Mittelstand, Gründung und Bürokratie

» Gründungsservice: „Partner für Berlin“ soll zentraler digitaler Dienstleister für Gründungen und Investoren mit Mentoring und Komplettservice werden. [Land] (PDF-S. 47)
» Bürokratieabbau: Ein Sonderausschuss soll Bürokratieabbau systematisieren; entbehrliche Gesetze und Verordnungen sollen zur Streichung gemeldet werden. [Land] (PDF-S. 47)
» Handwerk und Nachfolge: Meistergründungsprämie, Förderung und Vereinfachung von Betriebsübernahmen sowie stärkere Kooperation von Schulen, Handwerkskammern und IHK. [Land] (PDF-S. 48)

Steuern, Vergabe und Ausbildung

» Steuern: Gewerbesteuer und CO2-Bepreisung für Gewerbeimmobilien sollen gesenkt bzw. abgeschafft werden. [nicht eindeutig] (PDF-S. 47)
» Vergabe und Mindestlohn: Berliner Vergabegesetz aufheben, Berliner Landesmindestlohn ablehnen. [Land] (PDF-S. 47, 49–50)
» Ausbildung: Ausbildungsplatzumlage ablehnen; Förderprogramme für Ausbildungsbetriebe, höheres Aufstiegs-BAföG, Meistergründungsprämie und Fortbildungsfonds. [nicht eindeutig] (PDF-S. 50)

Digitalisierung, Gewerbeflächen und Wirtschaftsverkehr

» E-Rechnung: Kleine Betriebe sollen von der E-Rechnungspflicht befreit werden. [nicht eindeutig] (PDF-S. 18)
» Gewerbeflächen: Öffentliches Gewerbeflächenkataster und aktives Standortmarketing; gewerbliche Nutzung soll priorisiert werden. [Land] (PDF-S. 47–48)
» Wirtschaftsverkehr: Logistikkonzept, Lade- und Lieferzonen, per App reservierbare Lieferzonen für Handwerker und Lieferanten sowie Mikro-Logistikzentren. [Land] (PDF-S. 43)

Energie und betriebliche Kosten

» Landesenergiepolitik: Das Klimaschutz- und Energiewendegesetz soll durch ein „Sichere-Energie-Gesetz“ mit Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Netzstabilität ersetzt werden. [Land] (PDF-S. 54)
» Steuern und Energiemix: Bundesratsinitiative zur Senkung der Energiesteuern und Abschaffung der CO2-Abgabe; Berlin soll Kohle- und Gaskraftwerke sowie Importstrom nutzen, auf Bundesebene wird die Rückkehr zur Kernenergie gefordert. [Land/Bund] (PDF-S. 54–55)

Tourismus, Einzelhandel und Gastronomie

» Abgaben und Auflagen: City-Tax abschaf-

fen, Umwelt- und Bürokratieauflagen für Einzelhandel und Gastronomie zurückbauen und Luftverkehrssteuer reduzieren. [Land/nicht eindeutig] (PDF-S. 48)

Gesundheit und Pflege

» Praxen: Budgetbedingte Behandlungen ohne Vergütung beenden, Einzelleistungsvergütung einführen und Zulassungsbereiche wieder an Stadtbezirken ausrichten. [nicht eindeutig] (PDF-S. 70)
» Apotheken: Abrechnungssystem vereinfachen und entbürokratisieren; Vergütung soll den Beratungsbedarf stärker berücksichtigen. [nicht eindeutig] (PDF-S. 70–71)
» Pflege: Pflegedienste sollen binnen eines Monats über Kostenübernahmen beschieden werden; neue Pflegeheimplätze mit 40.000 Euro, Investitionskosten mit 300 Euro je Pflegeperson und Monat bezuschussen. [Land] (PDF-S. 71)

Kultur- und Kreativwirtschaft

» Gründung und Finanzierung: Wagniskapital und Mikrokredite sowie mehr Beratung zu Gründung und Selbständigkeit im Kreativsektor. [Land] (PDF-S. 90)
» Beschäftigung und Handwerk: Musikschulen sollen die Festanstellungsquote auf mindestens 80 Prozent erhöhen und Honorarverträge in Arbeitsverträge überleiten; Ausbildungs- und Vergabestrukturen für Steinmetze, Stuckateure und Restauratoren sollen gestärkt werden. [Land] (PDF-S. 87, 89)

Bauen und Immobilienwirtschaft

» Baugenehmigungen: Bauordnung vereinfachen, bei genehmigten Neubauten Abrissgenehmigungen entbehrlich machen, Dämmstandards zurücksetzen und zusätzliche landesrechtliche PV-Nachrüstpflichten ablehnen. [Land] (PDF-S. 9)
» Wohnungswirtschaft: Hindernisse für Mietwohnungsbau beseitigen, Enteignungen von Wohnungsunternehmen ablehnen und bauliche Veränderungen sowie Neubauten in Milieuschutzgebieten erleichtern. [Land/nicht eindeutig] (PDF-S. 6–7)

Nicht konkret behandelt

Keine konkreten Aussagen enthält das Programm zur sozialen Sicherung von Selbständigen, zur Statusfeststellung und Scheinselbständigkeit, zu spezifischen Steuer- oder Beitragsregelungen für Soloselbständige, zur Krisenabsicherung bei Einkommensausfällen und zum Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen.

Sachliche Zusammenfassung

Genannt werden Unternehmen, Betriebe, Gründer, Handwerk, Mittelstand, KMU sowie einzelne selbständige Berufsgruppen. Konkrete Vorhaben betreffen vor allem Bürokratie, Steuern, Gründung und Nachfolge, Ausbildung, Energie, Verkehr und mehrere Branchen und liegen überwiegend auf Landesebene. Mehrere Kernthemen der sozialen Absicherung Selbständiger bleiben ohne konkrete Regelung.

BSW Landesverband Berlin

Programm

Berlin – Mit uns endlich vernünftig und gerecht. Wahlprogramm des Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit – Landesverband Berlin zu den Wahlen zum 20. Abgeordnetenhaus von Berlin

Umfang: 66 PDF-Seiten

Für Selbständige relevante Punkte

Mittelstand, Selbständigkeit und Innovation

» Forschungszulage und Wissenstransfer: Kleine Unternehmen sollen eine Forschungszulage für anwendungsbezogene Projekte mit Berliner Hochschulen erhalten; der Wissenstransfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und mittelständischen Unternehmen soll systematisch ausgebaut werden. [Land] (PDF-S. 42–43)
» Start-ups und Risikokapital: Für Start-ups sollen geeignete Rahmenbedingungen vereinbart und der Zugang zu Risikokapital erleichtert werden. [Land] (PDF-S. 43)
» Mutterschutz für Selbständige: Das Programm kündigt einen Mutterschutz für Selbständige an, ohne das Instrument nä-

her auszugestalten. [nicht eindeutig] (PDF-S. 42)

Bürokratie, Verwaltung und Genehmigungen

» Once-Only-Prinzip: Unternehmen sollen angeforderte Daten Behörden nur einmal übermitteln müssen; anschließend sollen die Behörden diese untereinander austauschen. Die Transparenzdatenbank des Landes soll dadurch entfallen. [Land] (PDF-S. 42)
» Genehmigungsfiktion: Nach Ablauf einer festgelegten Frist sollen beantragte Genehmigungen als erteilt gelten, wenn die zuständige Behörde nicht widersprochen hat. [Land] (PDF-S. 42)
» Digitalisierung und Bürokratieabbau: Digitale Verwaltungsverfahren sollen keinen zusätzlichen Aufwand für kleine Unternehmen erzeugen; Prozessoptimierung und Digitalisierung sollen Verwaltungsstrukturen effizienter machen. [Land] (PDF-S. 42, 53)

Vergabe und öffentliche Aufträge

» Vergaberecht: Das Berliner Ausschreibungs- und Vergaberecht soll reformiert werden; Aufträge bis 50.000 Euro sollen freihändig vergeben werden können, um kleinen Unternehmen den Zugang zu öffentlichen Aufträgen zu erleichtern. [Land] (PDF-S. 42)

Arbeit, Ausbildung und Fachkräfte

» Ausbildungsplatzumlage: Eine Berliner Ausbildungsplatzumlage wird für Unternehmen ab 20 Beschäftigten grundsätzlich befürwortet. Kleine Unternehmen, die nicht ausbilden dürfen, sollen keine Abgabe zahlen, sondern beim Weg zum Ausbildungsbetrieb gefördert werden. [Land] (PDF-S. 42)
» Berufsorientierung: An allgemeinbildenden Schulen sollen drei zweiwöchige Blockpraktika in verschiedenen Betrieben vorgesehen und Praktikumsleistungen stärker im Zeugnis berücksichtigt werden; Studienabbrecher sollen über Studienaussteigermessen für eine Berufsausbildung gewonnen werden. [Land] (PDF-S. 15, 42)
» Tarifbindung: Das Programm will in mehr Branchen Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklären und bundesweit die Allgemeinverbindlicherklärung erleichtern; Wirtschaftsförderung soll stärker an Tarifbindung, faire Löhne und regionale Wertschöpfung geknüpft werden. [Land/Bund] (PDF-S. 10–11, 53)

Steuern und Abgaben

» Gewerbesteuer: Der Berliner Gewerbesteuer-Hebesatz soll auf höchstens 460 Prozent angehoben werden. [Land] (PDF-S. 54)
» Unternehmens- und Vermögensbesteuerung: Berlin soll sich im Bundesrat für die Beendigung von Begünstigungen großer Betriebs- und Immobilienvermögen bei der Erbschaftsteuer sowie für die Reaktivierung einer Vermögensteuer einsetzen. [Bund] (PDF-S. 54–55)
» Immobilienbesteuerung: Bundesratsinitiativen sollen Share Deals stärker begrenzen und die Gewerbesteuerbefreiung vermögensverwaltender Immobiliengesellschaften abschaffen; Gewinne aus dem Verkauf vermieteter, nicht selbstgenutzter Immobilien sollen besteuert werden. [Bund] (PDF-S. 55)

Energie und betriebliche Kosten

» Energiepreise: Das Programm fordert die Abschaffung des CO_2-Preises, Investitionen in Netze, Speicher und Digitalisierung zur Senkung der Strukturkosten sowie Strompreisentlastungen auch für weniger energieintensive Industrien. [Bund/nicht eindeutig] (PDF-S. 45–46)
» Energieversorgung: Energieanlagen sollen erst stillgelegt werden, wenn wettbewerbsfähige und sichere Alternativen bestehen; der Rückbau des Erdgasnetzes wird abgelehnt und der Ausbau von Fernwärme soll durch vereinfachte Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. [Land/nicht eindeutig] (PDF-S. 46)
» Technologieoffenheit: Forschung und Einsatz unter anderem von Wasserstoff, synthetischen Kraftstoffen, CO_2-Abscheidung, Strom- und Wärmespeichern sowie Geo-

thermie sollen unterstützt werden. [nicht eindeutig] (PDF-S. 46–47)

Verkehr, Logistik und Gewerbe

» Liefer- und Wirtschaftsverkehr: Kiezblocks werden abgelehnt, wenn sie Lieferverkehre erschweren; vorgesehen sind unter anderem Ladezonen, Quartiersgaragen und eine bessere Organisation des ruhenden Verkehrs. [Land/Kommunen] (PDF-S. 49)
» Güterverkehr: Binnenwasserstraßen und BEHALA sollen gestärkt und Güterverteilzentren am Stadtrand beziehungsweise in Brandenburg unterstützt werden. [Bund/Länder] (PDF-S. 49–50)
» Baustellen: Baustellen sollen besser koordiniert und zügiger abgewickelt werden; bei vom Bauträger verursachten Verzögerungen sollen auch Konsequenzen gegenüber dadurch beeinträchtigten Gewerbetreibenden vorgesehen werden. [Land] (PDF-S. 50)

Branchenbezogene Vorhaben

» Bau und Handwerk: Ein kommunales Bauunternehmen soll seriell und modular Sozialwohnungen produzieren; zugleich ist ein Landesförderprogramm für ökologischen Modulbau und biobasierte Baustoffe vorgesehen, einschließlich regionaler Produktion durch Genossenschaften, Handwerksbetriebe und Start-ups. [Land] (PDF-S. 43, 57)
» Kulturwirtschaft: Ein Kulturfördergesetz soll verlässliche Förderstrukturen schaffen; Kürzungen im Kulturetat sollen zurückgenommen, Programme für freie Kunst, Ateliers und kulturelle Projekte wieder finanziert und die Einnahmen der CityTax unmittelbar für Kultur verwendet werden. [Land] (PDF-S. 18–20)
» Freie Gesundheitsberufe: Für unterversorgte Bezirke sollen zusätzliche Haus- und Kinderarztsitze sowie öffentliche Primärversorgungszentren geschaffen werden; digitale Terminvergabe und Dokumentation sollen Praxen entlasten und selbständige Poolärzte in der Notfallversorgung durch alternative Beschäftigungslösungen berücksichtigt werden. [Land/nicht eindeu-

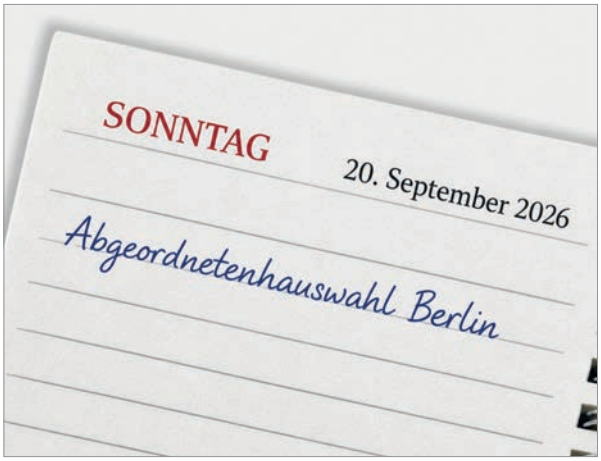
tig] (PDF-S. 22, 24–25)

Nicht konkret behandelt

Keine konkreten Aussagen enthält das Programm zur Statusfeststellung und Scheinselbständigkeit, zu spezifischen Steuer- oder Beitragsregelungen für Soloselbständige, zur allgemeinen Krisenabsicherung bei Einkommensausfällen sowie zur Unternehmensnachfolge.

Sachliche Zusammenfassung

Das Programm spricht Selbständige, Freiberufler, Familienbetriebe, kleine und mittelständische Unternehmen, Start-ups und Handwerksbetriebe ausdrücklich an. Konkrete Vorhaben betreffen vor allem Vergabe, Bürokratie und Genehmigungen, Ausbildung, Steuern, Energie, Innovation, Verkehr sowie einzelne Branchen. Die Maßnahmen liegen überwiegend auf Landes- und Bundesebene; mehrere Kernthemen zur sozialen Absicherung Selbständiger bleiben offen.



Ihre Stimme entscheidet!

Am 20. September 2026 haben Sie zur Abgeordnetenhauswahl die Chance, Berlins Zukunft mitzugestalten. Für Soloselbständige sowie Inhaber kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) steht viel auf dem Spiel. Ihre Stimme beeinflusst die Rahmenbedingungen in Berlin: von Bürokratieabbau und Landesförderprogrammen über Bildung und Fachkräftesicherung bis hin zu Gewerbeflächen, Verkehr und digitaler Verwaltung.

Landespolitik bestimmt, wie attraktiv die Stadt für Investitionen bleibt, wie schnell Genehmigungen erteilt werden und wie gut die Verwaltung im Alltag funktioniert. Ob Handwerk, Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungsunternehmen, Start-ups oder Kreativwirtschaft – sie brauchen bezahlbare Räume, gute Infrastruktur und verlässliche Rahmenbedingungen. Die Entscheidungen im Abgeordnetenhaus bestimmen mit, ob Selbständige und KMU gestärkt oder durch Vorgaben belastet werden.

Wer nicht wählt, überlässt anderen die Entscheidung über die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Berlin. Nutzen Sie Ihr Wahlrecht und setzen Sie ein Zeichen für eine wirtschaftsfreundliche, verlässliche und faire Politik!

Am 20. September 2026: Wählen gehen – für Ihre Selbständigkeit, Ihr Unternehmen und eine starke Wirtschaft in Berlin!

Europaverband der Selbständigen – Deutschland (ESD) e.V.
Confédération Européenne Des Indépendants – C.E.D.I.

Herausgeber
Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.
Behrenstr. 42
10117 Berlin
Tel.: +49 [0] 30 204 598 54 | Fax: +49 [0] 30 204 55 320
E-Mail: info@esd-ev.de | Web: www.esd-ev.de

ViSdP: Timo Lehberger
Redaktion/Koordination: Sascha Langguth, Timo Lehberger